

N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

**der 4. Sitzung des Ausschusses für Bildung (Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen)
(Sondersitzung) (gemeinsam mit dem Jugendhilfeausschuss) (BA/Kita/004/2019)**

am Donnerstag, 28. November 2019,

18:00 Uhr

**im Neuen Rathaus, Festsaal,
Rathausplatz 1, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:25 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Dirk Hilbert

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ulrike Caspary

Agnes Scharnetzky

Torsten Schulze

CDU-Fraktion

Heike Ahnert

Mario Schmidt

Fraktion DIE LINKE.

Anne Holowenko

Tilo Kießling

Fraktion Alternative für Deutschland

Monika Marschner

Christian Pinkert

SPD-Fraktion

Dana Frohwieser

FDP-Fraktion

Franz-Josef Fischer

Fraktion Freie Wähler Dresden

Torsten Nitzsche

beratende Mitglieder

Sabine Bibas

Stellvertretende Mitglieder

Peter Krüger

Heiko Müller

Michael Schmelich

André Schollbach

Vertretung für Herrn Matthias Dietze

Vertretung für Herrn Falk Breuer

Vertretung für Herrn Thomas Löser

Vertretung für Frau Anja Apel

Abwesend:

Stellvertretende/-r Vorsitzende/-r

Dr. Kristin Klaudia Kaufmann
Hartmut Vorjohann

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Thomas Löser

CDU-Fraktion

Matthias Dietze

Fraktion DIE LINKE.

Anja Apel

Fraktion Alternative für Deutschland

Falk Breuer

Verwaltung:

Frau Puschbeck	Jugendamt
Frau Dreißig	Jugendamt
Frau Bühring	Jugendamt
Frau Harder	Jugendamt
Frau Groschupf	Jugendamt
Frau Eulitz	Rechtsamt

Gäste:

Frau Lies	Malwina e. V.
Frau Dr. Wesener	Unternehmen Kultur gGmbH
Frau Matschulla	Treberhilfe Dresden e.V.
Frau Wengel	Cultus gGmbH
Herr Deigweiher	Kulturbüro Dresden
Frau Beck	Lebenshilfe Dresden e. V.
Frau Wolf	Lebenshilfe Dresden e. V.
Frau Müller	VSP e. V.
Herr Plötze	Bürger
Herr Bär	Omse e. V

Schriftführer/-in:

Frau Kinscher	SG Stadtratsangelegenheiten
---------------	-----------------------------

T A G E S O R D N U N G

- 1** Festsetzung der Elternbeiträge ab dem 1. September 2019 nach Vollzug des Abstimmungsverfahrens nach § 15 Abs. 1 SächsKitaG i. V. m. § 2 Abs. 2 der Satzung der Landeshauptstadt Dresden über die Erhebung von Elternbeiträgen (Elternbeitragssatzung) **V2750/18**
beratend

öffentlich

Einleitung:

Herr Oberbürgermeister Hilbert begrüßt die anwesenden Mitglieder und Gäste zur 4. Sitzung des Ausschusses für Bildung (EB Kindertageseinrichtungen) (Sondersitzung) und stellt die form- und fristgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Die Vorlage V2850/18 soll gemeinsam mit dem Jugendhilfeausschuss beraten werden.

Hinsichtlich der Beratung der Vorlage V2850/18 sehe **Herr Stadtrat Schollbach** folgende Problematik: Für den Jugendhilfeausschuss sei die Vorlage öffentlich geladen, dies bedeute, dass die Beratung und Abstimmung öffentlich erfolgen müsse. Der Ausschuss für Bildung (EB Kita) wiederum hätte die Vorlage nicht öffentlich geladen. Dies bedeute, dass der Ausschuss für Bildung (EB Kita) nicht öffentlich beraten und abstimmen müsse. Die Beratung der Vorlage sollen die beiden Ausschüsse aber gemeinsam vornehmen, dies sei widersprüchlich.

Herr Oberbürgermeister Hilbert erklärt, bevor die Abstimmung durchgeführt wird, werde er die Möglichkeit einer nicht öffentlichen Beratung der Vorlage einräumen. Wenn es Punkte gebe, die nicht öffentlich diskutiert werden müssen, wird er die Nichtöffentlichkeit herstellen lassen und alle Anwesenden, die nicht Stadträtinnen bzw. Stadträte seien, müssten den Raum verlassen.

Weitere Fragen seitens der Mitglieder zur Tagesordnung gibt es nicht, sodass diese für bestätigt erklärt wird.

Die Beschlusspunkte 1 und 2 des Ersetzungsantrages werden **Frau Stadträtin Scharnetzky eingebracht**.

Frau Stadträtin Ahnert bringt Beschlusspunkt 3 des Ersetzungsantrages ein.

Herr Stadtrat Kießling bemängelt, dass der Ersetzungsantrag nicht in einem UA diskutiert werden könne. Er hätte lange gekämpft, dass keine Erhöhung der Elternbeiträge vorgenommen werde, dass die mögliche Geldquelle (nicht ausgegebene Personalkosten) des EB Kita jetzt z. B. im Finanzzwischenbericht ersichtlich sei. Die Vorlage, die unter Beschlusspunkt 3 des Ersetzungsantrages gefordert werde, müsse nicht zwingend eine Erhöhung der Elternbeiträge beinhalten. Er schätze, dass die nicht für Personalkosten ausgegebenen Gelder (EB Kita und freie Träger) ausreichend seien. Es seien nicht alle Personalstellen (hauptsächlich Erzieherinnen und Erzieher) im EB Kita besetzt. Damit biete die Stadtverwaltung den Eltern nicht die geforderte Betreuungsdichte. Wenn die Betreuungsdichte komplett erfüllt sei, könne eine Beitragserhöhung in Betracht gezogen werden.

Aus Sicht der freien Träger müsse die gesamte Finanzierung der Kindertagesbetreuung gesichert sein, hebt **Herr Schöne** hervor. Der Beschlusspunkt 2 des Ersetzungsantrages scheint die Sicherstellung der Finanzen zu gewähren. Wenn langfristig an den Elternbeiträgen (einfrieren oder absenken) gearbeitet werden soll, müssten andere Finanzierungsquellen gefunden werden. Die Gesamtfinanzierung müsse gesichert sein. Das Sachkostenbudget könne für die Kindertagesbetreuung nicht abgeschmolzen werden.

Frau Stadträtin Frohwieser merkt an, der Ersetzungsantrag bringe zum Ausdruck, dass viele Fraktionen sich einig seien. Die Spirale der ständig steigenden Elternbeiträge müsse durchbrochen werden. Die Qualitätssteigerungen, die der Freistaat auf den Weg gebracht hätte, sei nicht ausfinanziert. Es gehe aber derzeit darum, dass der bereits beschlossene Haushalt 2019/2020 auf sicheren Füßen bleibe. Im nächsten Doppelhaushalt müsse erörtert werden, wie eine langfristige Lösung gefunden werden könne.

Frau Stadträtin Ahnert weist darauf hin, dass der Ersetzungsantrag keine langfristige Lösung sei. Für die Eltern werde aber jetzt Klarheit benötigt. Im Februar 2020 soll ein Konzept vorgelegt werden, es wäre gut, wenn die Verwaltung im Vorfeld mit den Fraktionen ins Gespräch komme. Qualitätseinbußen dürfen allerdings nicht aufkommen.

Der Ersetzungsantrag sei ein deutliches Signal, betont **Frau Stadträtin Siebeneicher**. Gemeinsam wollten die verschiedenen Fraktionen (die Unterzeichner des Ersetzungsantrages) darauf hinweisen, dass die Zeit der deutlichen Steigerung der Elternbeiträge vorbei sei. Der Oberbürgermeister werde aufgefordert, auf den Freistaat zuzugehen und das Gespräch zu suchen, wie der Freistaat die Kommune mehr unterstützen könne.

Herr Stadtrat Pinkert erläutert kurz, warum die AfD-Fraktion gegen eine Erhöhung bzw. sogar für eine Absenkung der Elternbeiträge sei. Er werde sich dem Ersetzungsantrag anschließen.

Frau Stadträtin Ahnert bittet darum, dass sich die AfD-Fraktion in die Debatte einbringe und konkrete Vorschläge unterbreite, wo Gelder umgeschichtet werden können.

Herr Stadtrat Schmelich weist darauf hin, dass der Jugendhilfeausschuss den letzten Doppelhaushalt mit verabschiedet hätte. In diesem sei die Erhöhung der Elternbeiträge mit eingeplant gewesen. Eine Änderung im vorliegenden Doppelhaushalt sei ein mutiger Schritt, durch den Finanzierungsvorschlag (Beschlusspunkt 2 des Ersetzungsantrages) sei dies 2019 gesichert. Für 2020 müsse für die Finanzierung eine Lösung gefunden werden. Wichtig sei den Antragstellern des Ersetzungsantrages, dass die Verwaltung mittelfristig und für die Zukunft eine Lösung finde. An den GB 2 sei immer wieder herangetragen worden, dass eine Lösung für die mittelfristige Finanzierung der Elternbeiträge auf den Tisch gelegt werden müsse, dies sei aber leider nicht passiert.

Herr Stadtrat Kießling hebt hervor, vor einiger Zeit sei eine unerwartete Mehreinnahme des EB Kita von vier Millionen Euro aus nicht verbrauchten Betriebskostenzuschüssen den Mitgliedern präsentiert worden, die im Rahmen der Haushaltserstellung nicht mit angegeben worden seien. Er bittet um schriftliche Information, in welcher Höhe dieses Mal damit zu rechnen sei.

Herr Stadtrat Nitzsche hebt hervor, die Freien Wähler trügen die Lösung des Ersetzungsantrages mit. Es dürfe nicht verkannt werden, dass dies nur erfolgen könne, da die Leistung und Qualität

der Kindertageseinrichtungen nicht im vollem Umfang erbracht werden können. An der Erarbeitung einer Lösung (Finanzierung) würden sich die Freien Wähler gerne beteiligen.

Eine Bildungsstrategie sei verabschiedet worden, erinnert **Frau Stadträtin Ahnert**. Diese enthalte einen deutlich höheren Personalschlüssel. Leider sei es nicht möglich gewesen, alle Stellen zu besetzen. Trotzdem würden nicht 40 Kinder von einer Erzieherin bzw. einem Erzieher betreut.

Den öffentlichen Teil des Tagesordnungspunktes beendet **Herr Oberbürgermeister Hilbert**.

Dirk Hilbert
Vorsitzender

Kerstin Kinscher
Schriftführerin

Heike Ahnert
Stadträtin

Tilo Kießling
Stadtrat